



Carolin Klingsporn

„Mir brennt der Kittel!“

Bericht vom Auftaktkongress zum Städtenetzwerk „Stärkung lokaler Demokratie durch bürgerorientierte integrierte Stadtentwicklung“



Integrierte Stadtentwicklung und Beteiligung – dass diese beiden Themen kein alter Hut sind, das hat die große Resonanz auf den ersten Kongress zum Städtenetzwerk gezeigt, der am 24. und 25. Februar 2011 in der Kalkscheune in Berlin-Mitte stattgefunden hat. Rund 200 Vertreter aus Politik, Verwaltung, Wissenschaft und vereinzelt aus Zivilgesellschaft und Wirtschaft waren gekommen, um über die aktuellen Herausforderungen, die sich derzeit den Kommunen stellen, und über Anforderungen an eine integrierte und bürgerorientierte Stadtentwicklung zu diskutieren. Durch den zweitägigen Kongress führten Elke Frauns, Büro für Kommunikation, Planung, Marketing in Münster, und Jürgen Kaube, Journalist bei der Frankfurter Allgemeinen Zeitung.

Keine Antworten, aber die richtigen Fragen!

Dr. Peter Kurz, Verbandsratsvorsitzender des vhw e.V. und Oberbürgermeister der Stadt Mannheim, leitete den Kongress mit der Frage „Warum brauchen wir das Städtenetzwerk?“ ein. Er umriss die aktuellen Herausforderungen der Kommunen, die zwischen Globalisierungstrends, Klimawandel und PISA-Schock stehen und zum einen durch höhere politische Ebenen befähigt werden, sich aber auch selbst befähigen müssen, diesen Herausforderungen zu begegnen. Das Städtenetzwerk soll hier mit seinem Fokus auf integrierte und bürgerorientierte Stadtentwicklung eine Hilfestellung sein. Denn ein unterschiedliche Handlungsfelder integrierendes Vorgehen sei notwendig, um eine komplexer werdende Zukunft erfolgreich zu gestalten. Aber auch die Einbindung der unterschiedlichen Akteure sei unverzichtbar, frei nach dem Motto eines schwedischen Möbelherstellers „Protestierst du noch oder gestaltest du schon?“

Mittel- und langfristiges Ziel des Städtenetzwerks ist die Sicherung der lokalen Demokratie. Denn in den Diskussionen um postdemokratische Gesellschaften wird deutlich, dass die Zustimmung zu bisherigen demokratischen Institutionen und Verfahren an vielen Stellen zu schwinden droht. Wie also kann durch etablierte oder auch neue Verfahren Akzeptanz von Entscheidungen generiert werden? Das Städtenetzwerk, so Dr. Kurz, habe darauf keine Antworten, aber die richtigen Fragen! Es verstehe sich vielmehr als „politologisches Fraunhofer Institut auf Zeit“, das – aufbauend auf die bisherige Grundlagenforschung des vhw – gemeinsam mit den kommunalen Partnern anwendungsorientierte Forschung betreibt, um am Ende auf die richtigen Fragen auch die richtigen Antworten geben zu können.

Von einer Ablehnungsbeteiligung zur Gestaltungsbeteiligung

In der anschließenden Podiumsdiskussion ging Oberbürgermeister **Dr. Peter Kurz** zusammen mit seinen Amtskollegen **Torsten Albig** aus Kiel und **Werner Spec** aus Ludwigsburg der Frage nach, ob das Postulat „Legitimation durch Verfahren“ heute noch gilt. Spätestens bei den Fragen aus dem Publikum wurde deutlich, dass aufgrund unterschiedlicher Hintergründe und Erfahrungen die Fragen zu und die Anforderungen an die Gestaltung von Beteiligungsprozessen nicht immer gleich sind. Ist die Diskussion über Beteiligung ein „alter Hut“ oder ein, wie Dr. Peter Kurz formuliert, neuer „brennender Kittel“? Kann Beteiligung lokale Demokratie fördern oder führt sie zu einer „Paralldemokratie“ für artikulationsstarke Bürger zu Lasten des Allgemeinwohls? Wie kann aus einer „Ablehnungsbeteiligung“ eine „Gestaltungsbeteiligung“ (Torsten Albig) werden? Reichen die alten Methoden aus oder müssen wir neue entwickeln?

Am fiktiven Beispiel der Obstwiese, die einem Kindergarten weichen soll, wurde klar, dass es einerseits verständlich ist, dass sich die unmittelbaren Anwohner für ihr Interesse des Erhalts der Grünfläche einsetzen. Andererseits wünscht sich die Politik in solchen Fällen eine Akzeptanz dieser kleinen Gruppe für ein Vorhaben, von dem am Ende viele andere Bürger außerhalb der Anwohnerschaft profitieren werden. Wie also, fragte Dr. Kurz, können wir über neue Verfahren Akzeptanz schaffen und so zu einer neuen Verständigung kommen? Reichen dafür repräsentative und transparente Verfahren, deren Notwendigkeit Werner Spec hervorhob, oder führt gerade die nichtrepräsentative Beteiligung der artikulationsstarken Mittel- und Oberschicht dazu, Proteste zu verhindern?



Torsten Albig lag besonders die Frage auf dem Herzen, wie er die Menschen erreichen kann, die nicht zu den 120 Bürgern gehören, die an großangelegten Beteiligungsprozessen teilnehmen und die er alle mit Namen kennt: „Wir beteiligen immer mehr, aber immer weniger fühlen sich beteiligt!“ Werner Spec sprach sich für eine frühzeitige Beteiligung aus, in der anlassfrei und nicht nur im Bezug auf konkrete Projekte Herausforderungen diskutiert würden. Dies setze Vertrauen voraus, an dem kontinuierlich gearbeitet werden müsse.

Dr. Peter Kurz betonte, es gehe bei Beteiligung nicht nur um Akzeptanz und Qualitätssicherung, sondern auch um Aktivierung zur Umsetzung von Maßnahmen zur gemeinsamen Gestaltung des Gemeinwohls, die den Entscheidungsverfahren folgen. Wenn Politik aber nicht nur den Politikern überlassen werden soll, müssen sich die Bürger auf die Komplexität von Entscheidungsprozessen einlassen. Die Oberbürgermeister eröffneten den Kongress also mit einer Reihe von zu diskutierenden Fragen und Moderator Jürgen Kaube schloss mit den Worten: „Krisen haben den Vorteil, dass sie eher zum Denken anregen als die ruhigen Zeiten!“



Abb. 1: „Wem der Kittel brennt ...“ (Foto: www.malerblatt-blog.de)

Das Städtenetzwerk at work

Peter Rohland, Vorstand des vhw, ging im folgenden Vortrag auf Anlass und Ziele des Städtenetzwerks sowie auf dessen Arbeitsstruktur ein. Die Konstituierung dieses Netzwerkes sieht er als logische Konsequenz der Arbeit des vhw, der sich einerseits mit dem Themenfeld Stadtentwicklung beschäftigt und sich andererseits dem Ideal der Emanzipation des Bürgers verpflichtet hat. Der Verlust an Vertrauen in unsere Demokratie und in die Steuerungsfähigkeit der Politik führe zu Konflikten mit einer Bürgerschaft, die sich zunehmend selbstbewusst und aktiv nicht mit Argumenten des Sachzwangs abspeisen lasse und daher Partizipation fordere. Dies werde besonders auf der kommunalen Ebene deutlich, auf der die Bürger stärker als auf höheren Systemebenen das Gefühl hätten, tatsächlich auch politisch Einfluss nehmen zu können. Daher sei gera-

de die lokale Ebene für die Demokratie insgesamt von großer Bedeutung und bedürfe Transparenz und Partizipation.

Im Rahmen des Städtenetzwerks verpflichtete sich der vhw gegenüber den teilnehmenden Städten, den Weg hin zu einer Gestaltung von Dialogprozessen auf Augenhöhe zu ebnet und greife dabei auf eine langjährige Erfahrung in der Lebensstil- und Milieuforschung zurück. In der ersten der drei Projektphasen werden für alle Kommunen Basis- und Themenanalysen in den Handlungsfeldern Integration, Bildung, Wohnen, Ökonomie und Nachhaltigkeit erstellt. Phase zwei hat die Einleitung und Durchführung von trisektoralen Dialogverfahren zum Ziel, während das Ziel von Phase drei die Erarbeitung dauerhafter Regelungsstrukturen im Sinne von Urban Governance ist. Peter Rohland schloss mit dem Hinweis auf die zeitliche Befristung des Projekts, das nicht in Konkurrenz mit dauerhaft etablierten Institutionen trete.

Integrierte Stadtentwicklung – eine Annäherung

Integrierte Stadtentwicklung ist einfach zu fordern, jedoch weitaus schwieriger umzusetzen. Die wechselseitigen Wirkungsverflechtungen zwischen unterschiedlichen Handlungsfeldern machen jedes integrierte Vorgehen zu einem komplexen Unterfangen. In zwei WERK-STÄDTEN wurde das Thema Integration zunächst einmal in der Verbindung mit den Handlungsfeldern Bildung bzw. Wohnen diskutiert, um in der Abschlussdiskussion des Tages über die Herausforderung der Integrierten Stadtentwicklung, die ein noch weiteres Themenspektrum abdecken muss, zu sprechen.

Die WERK-STADT 1 (Integration und Bildung) war überschrieben mit dem Titel „Wie macht Stadtgesellschaft Bildung?“. Zu Gast bei Jürgen Kaube war zum einen **Prof. Dr. Thomas Oik** von der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, der über erste Erkenntnisse aus dem das Städtenetzwerk begleitende Forschungsprojekt „Educational Governance“ referierte. **Prof. Dr. Roland Roth** von der Hochschule Magdeburg-Stendal sprach über zwei wichtige Kernfragen im Themenfeld Integration, und **Sebastian Beck**, wissenschaftlicher Referent beim vhw, gab einen Impuls zu der Fragestellung, was wir für die beiden Themenfelder aus der Milieuforschung lernen können.

Parallel dazu gaben vier Referenten Impulse zu dem Themenkomplex Integration und Wohnen („Unterwegs zur geteilten Stadt?“). **Oberbürgermeisterin Beate Wilding** sprach über erste Erfahrungen der Stadt Remscheid mit fundierten Milieu-Analysen des vhw im Rahmen des Städtenetzwerks. Das dort angewandte methodisch-analytische Vorgehen vertiefte im Anschluss **Bernd Hallenberg**, Bereichsleiter Forschung beim vhw. **Prof. Dr. Jens Dangschat** von der Technischen Universität Wien setzte sich mit dem Thema der sozialräumlichen Segregation auseinander, und **Hendrik Jellema**, Vorstand der GEWOBAG Wohnungsbaugesellschaft Berlin, ließ einen Blick



Abb. 2: Diskussionsrunde zum Thema „Was kann das Städtenetzwerk leisten?“ mit (v.l.n.r.): Elke Frauns, Prof. Dr. Roland Roth, Hendrik Jellema, Thomas Perry, Prof. Dr. Thomas Olk, Prof. Dr. Jens S. Dangschat, Peter Rohland

in die wohnungswirtschaftliche Perspektive auf das Themenfeld Integration und Wohnen zu. Elke Frauns moderierte diese WERK-STADT.¹

„Die Bürger sind radikal subjektiv“

Nachdem in den WERK-STÄDTEN das Instrument der Milieuanalysen aufgrund der knappen Zeit lediglich angerissen werden konnte, vertiefte **Thomas Perry**, Geschäftsführer Q – Agentur für Forschung, in seinem Vortrag „Eine Stadt – viele Lebenswelten! Milieuanalysen im Dienste der Stadtentwicklung“ den Ansatz der Lebenswelt- und Milieuforschung. Sie könne uns helfen, in der großen Masse der 80 Millionen Bürger in Deutschland Strukturen zu erkennen und modellhaft und vereinfacht zu übergeordneten Schlüssen zu kommen. Integrierte Stadtentwicklung zu implementieren sei angesichts der Herausforderungen nicht nur logisch, sondern zwingend notwendig. Dabei brauche sie eine klare Orientierung, einen Punkt, auf den hin zu integrieren sei. Dies könne, so Perry, nur die Polis im Sinne des Zusammenlebens der Menschen sein. Dies verlange von uns, dass wir in unserem Gestalten, Handeln und Planen den Bürger ins Zentrum stellen und darum so viel Wissen wie möglich über ihn akkumulieren. Dazu brauchen wir ein systematisches und kontinuierliches Forschungsinstrument, das der Heterogenität der Bürgerschaft gerecht wird (denn DEN Bürger gibt es nicht). Das Instrument der sozialen Milieus sei keine „eierlegende Wollmilchsau“, helfe uns aber gleichwohl, uns nicht in den vielen Einzelmerkmalen der Stadtgesellschaft zu verlieren.

Beispielhaft an drei modernen Milieus zeigte Thomas Perry den Kontrast der Lebenswelten von Postmateriellen, dem eher jungen und selbstbewussten, zur öffentlichen Hand jedoch sehr distanzierten Milieu der Experimentalisten und den Hedonisten, die zwischen dem alltäglichen Frust und dem Wunsch nach Spaß hin und her gerissen sind. Die Anwendung dieses Instrumentes werde uns vor die herausfordernde Erkenntnis stellen, dass viele Gruppen in Ihren Interessen stark von den Interessen der öffentlichen Hand abweichen oder sich gleich gar nicht

für Stadtentwicklung interessierten. Gute Wege der Kommunikation zu finden werde daher zentral sein, gerade dann, wenn wir der Bürgerschaft etwas abverlangen wollen. Denn: „Wir müssen uns auf sie einstellen, nicht sie sich auf uns!“

Herausforderung integrierte Stadtentwicklung

Nachdem das Moderatorenteam die Ergebnisse aus den WERK-STÄDTEN ins Plenum getragen hatte, waren die Referenten aus den WERK-STÄDTEN zusammen mit Thomas Perry und Peter Rohland unter der Fragestellung „Herausforderung Integrierte Stadtentwicklung: Was kann das Städtenetzwerk leisten?“ bei Elke Frauns auf dem Podium zu Gast. Hendrik Jellema machte gleich zu Anfang deutlich, dass nicht nur Integration und Wohnen bzw. Integration und Bildung, sondern auch Wohnen und Bildung sich wechselseitig beeinflussten, die Attraktivität von Schulen für Familien z.B. zentrales Wohnentscheidungskriterium sei. Die Schule sei gleichsam der Ort, an dem nicht nur Kinder, sondern auch Eltern im Stadtteil angesprochen und aktiviert werden könnten. Dies, so Prof. Jens Dangschat, zeige sehr klar die Bedeutung integrierter Ansätze wie zum Beispiel das der Bildungslandschaften, in denen Bildung erstens weiter gefasst würde als Schule, zweitens mit anderen Themenfeldern verknüpft und drittens unter Einbeziehung einer Vielzahl von lokalen Akteuren behandelt würde.

Prof. Roland Roth mahnte an, dass es wichtig sei, politisch – und nicht nur wissenschaftlich – die richtigen Schlüsse aus den Milieuerkenntnissen zu ziehen. Doch er erinnerte auch an die Grenzen von integrierten Stadtentwicklungskonzepten (gerade beim Thema Bildung), in dem lokale Akteure sehr schnell an die Grenzen der Länderzuständigkeiten stoßen. Prof. Thomas Olk bemängelte, dass gerade in benachteiligten Quartieren Schulen dem von Prof. Jens Dangschat skizzierten Anspruch oft nicht gerecht würden und dass es eine notwendige politische Entscheidung sei, hier nicht nur integriert, sondern auch sozialraumübergreifend zu agieren und finanzielle Mittel in diese Quartiere umzuschichten. Der Mehrwert des Milieuwissens liege seiner Meinung nach darin zu verstehen, aus welcher Haltung heraus Strategien entstehen. Umso wichtiger

¹ Eine ausführliche Zusammenfassung der WERK-STADT-Ergebnisse finden Sie auf den Seiten 79 bis 86.



sei es, die Erkenntnisse nicht nur kompetent zu interpretieren, sondern auch in Strategien zu übersetzen, eine Aufgabe, die seines Erachtens das Städtenetzwerk leisten muss und kann. Dabei müsse am Anfang eine Verständigung über die Bedeutung der zu diskutierenden Begriffe stehen.

Für Thomas Perry ist die Lebensweltforschung am Ende nur eins von vielen möglichen Werkzeugen, das jedoch notwendig ist, um sich in Anbetracht der komplexen Sachlagen nicht in Teilergebnissen zu verlieren. Peter Rohland ergänzte, dass der Milieuansatz ein additives Handwerk sei, dessen Stärke in der qualitativen Analyse liege. Dadurch könne das Städtenetzwerk mehr bieten als eine „weitere Sammlung von Best-Practice-Beispielen“. Der Ansatz der integrierten und bürgerorientierten Stadtentwicklung sei zu komplex, um im Rahmen eines Kongresses auf eine einfache Weise vermittelt und diskutiert werden zu können. Für Peter Rohland ist es jedoch entscheidend, an dieser Stelle weiterzumachen, um letztendlich darauf aufbauend die auch von Prof. Thomas Olk genannten Strategien entwickeln zu können. Und die Diskussionen gingen an diesem Tag noch weiter: beim abendlichen „Get-together“, bei dem der Kinder- und Jugendzirkus CABUWAZI mit Hüpfseilen und Diabolo, auf Bällen und Einrädern zeigte, dass ein integriertes, koordiniertes Vorgehen nicht nur in der Stadtentwicklung notwendig ist!

Volatile Politiker, protestierende Bürger und die Schatten der Partizipation

„Kennt die Stadt sich eigentlich selbst?“ Mit diesem Satz fasste Jürgen Kaube am nächsten Morgen noch einmal die Fragestellung des ersten Kongresstages zusammen, um für den zweiten Tag die Frage nach den daraus resultierenden Konsequenzen für die Bürgerbeteiligung zu stellen. Den Tagesauftakt machte **Prof. Dr. Franz Walter** vom Göttinger Institut für Demokratieforschung mit einem Vortrag zum Thema „Zwischen Bürgerprotest und Politikverdrossenheit: Entgleitet uns die Demokratie?“²

Mehr als ein politisches Postulat – Dialog als Notwendigkeit lokaler Politik!

Ebenfalls eine politikwissenschaftliche Sicht auf das Thema Dialog nahm **Prof. Dr. Hans J. Lietzmann** von der Bergischen Universität Wuppertal ein. „Lokale Demokratie – Dialogisch genug?“ war das Thema seines Vortrags, in dem er die Notwendigkeit dialogischer Prozesse nicht als politisches Postulat, sondern durch die Realität politischer Strukturen begründete. Die kommunale Entscheidungsmacht habe sich vertikal ausdifferenziert durch eine zunehmende Anzahl politisch agierender und einflussreicher Einzelakteure, aber auch durch finanzielle und rechtliche Restriktionen auf Bundes- und



Abb. 3: Auch beim Abendprogramm ging es rund: zwei Artistinnen des Jugendzirkus Cabuwazi

EU-Ebene. *Local governance* sei jedoch auch durch eine horizontale Ausdifferenzierung geprägt, indem Handlung und Steuerung nicht mehr nach paternalistischen und rein parteipolitischen Gesichtspunkten erfolgten, sondern sich Politik an Marktkategorien wie Effizienz orientiere. Dies wiederum führe zu einem Wandel von hierarchischen Machtstrukturen hin zu handlungsorientierten Prozessen.

Diese strukturellen und institutionellen Veränderungen in der lokalen Politik führten zu einer Handlungsunfähigkeit kommunaler Entscheidungsträger, die zugleich von den Bürgern zur Rechenschaft gezogen würden. Und diese Bürger seien gegenüber früheren Generationen in einem viel größeren Maße gewillt und befähigt, selber mitzubestimmen. Sie seien befähigt, weil quer durch alle Milieus der Bildungsgrad steige und gleichzeitig der Zugang zu Informationen insbesondere durch das Internet derart erleichtert werde, dass sich jeder und jede innerhalb kürzester Zeit ein Einschätzungs- und Problemlösungswissen aneignen könne. Dies führe zu der persönlichen Einschätzung, alle Probleme mitbestimmen zu können und auch zu wollen, und zwar auf eine ganz individuelle Art. Dann würden nur noch sehr situative und höchstpersönliche Lösungen für angemessen und legitim gehalten, und dies stehe diametral zur Legitimationsstruktur repräsentativer Demokratien, die von einem Vertrauensvorschub der Wähler leben.

² Der vollständige Beitrag befindet sich auf den Seiten 62 bis 66.



Repräsentation leide darüber hinaus an komplexen Problemlagen, in denen weder Entstehung noch Bewältigung, weder Ursachen noch Folgen von Problemen und Entwicklungen abzuschätzen seien. Daraus entstehe die Notwendigkeit von Risikoentscheidungen, die kaum repräsentativ gefällt werden können, weil sie hochgradig von unterschiedlichen und sehr normativen Prägungen geprägt seien. Gerade bei solchen Entscheidungen werde die Diskussion mit den Bürgern unverzichtbar. Hier bedürfe es Dialogprozessen, in denen alle Milieus repräsentiert sind, „und zwar nicht nur, weil wir aus demokratischer Freude alle beteiligen wollen [...] sondern um realitätsgerecht zu sein“.

Wissenschaft trifft Praxis

Im Anschluss wurde der Status quo des Dialogs unter der Fragestellung „Wie sieht die kommunale Wirklichkeit aus?“ von vier Referenten diskutiert, die sich ganz praktisch damit auskennen: Vertreter von Verwaltung, Zivilgesellschaft und Wohnungswirtschaft. Die Moderation übernahm Prof. Hans Lietzmann.

Veronika Kabis betonte auf Grundlage ihrer Arbeit als Integrationsbeauftragte der Landeshauptstadt Saarbrücken einerseits, dass Verwaltungen sich öffnen müssten, aus eigenen Fehlern im Rahmen von Beteiligungsprozessen zu lernen. Zweitens sei es wichtig zu hinterfragen, ob im Stadtteil die richtigen Gruppen adressiert würden. Gerade Migranten stellten hier oftmals ein ungenutztes Potenzial dar, das in Saarbrücken ein fast gescheitertes Beteiligungsverfahren im Zuge einer Platzumgestaltung retten konnte. Saarbrücken stehe aktuell ein großer Beteiligungsprozess in einem innerstädtischen Umgestaltungsprozess bevor. Wenn nach der erfolgreichen Auftaktveranstaltung nun die Themen konkreter und die Diskussionen heißer würden, werde es für Verwaltungsspitze und Stadtrat wichtig sein, Wege zu finden, auch die Interessen jener artikulationsschwachen Gruppen einzubinden. Hier brauche es langfristige Strategien und die „Entwicklung einer Beteiligungskultur als Daueraufgabe“ durch permanente Präsenz der Verwaltungsmitarbeiter in den Stadtteilen. Und es brauche auch ein wenig Selbstironie: durch das Sammeln von Beschwerden, die ein Komponist nun in einen „Beschwerdenchor“ umsetzt, zeigt die Stadt Saarbrücken: „Auch wir verstehen Spaß.“

Die GEWO BAG Wohnungsbau-Aktiengesellschaft Berlin mit rund 70.000 Haushalten, deren Vorstand **Hendrik Jellema** zu Gast auf dem Podium war, ist mit zwei Dimensionen des Dialogs konfrontiert. Zum einen müssen die Alltagskonflikte im privaten Raum gelöst werden, wenn unterschiedliche ethnische und soziale Welten der Anwohner in den Häusern aufeinanderprallen oder wenn die GEWO BAG durch Sanierungsmaßnahmen unmittelbar in den Alltag der Bewohner eingreift. In 80.000 Anrufen pro Woche müssen diese Konflikte im Dialog ausgehandelt werden. Schwieriger seien die

Dialoge über schleichende Prozesse der sozialen Zusammensetzung der Quartiere, in denen die Frage im Raum stehe: Wie viel Veränderung kann ich erwarten und wie viel will ich ertragen? Das Land Berlin als Gesellschafterin fordere von dem Unternehmen neben der Wirtschaftlichkeit auch einen Beitrag zu einer sozialen Entwicklung der Quartiere. Hier habe das Unternehmen ein Leitbild entwickelt, das auf punktuelle, themenspezifische und zeitlich begrenzte Beteiligung setze. Dies sei anwendbar auf nahezu alle Themen, von der Spielplatzgestaltung bis zur Zukunftsentwicklung für das Quartier. Lediglich bei der Miethöhenfestlegung, unterstrich Hendrik Jellema, sei Beteiligung im Sinne der Wirtschaftlichkeit weniger sinnvoll.



Abb. 4: Diskussion mit dem Publikum

Wie wichtig die Unterscheidung verschiedener Milieus in deren Annäherung an Beteiligung ist, betonte **Andrea Brandt**, Leiterin der Freiwilligenagentur Kreuzberg-Friedrichshain in Berlin. Die Freiwilligenagenturen verstehen sich als Mittler sowie als Unterstützer für Engagementwillige. Sie helfen, Ideen in die Verwaltungen zu tragen und Bürger in ihren Anliegen zu unterstützen und zu begleiten. Als Vertreterin der Zivilgesellschaft mahnte sie eine größere Offenheit der öffentlichen Hand an, insbesondere im Bezug auf Agenda-Setting. Den Engagierten könne nicht vorgeschrieben werden, wo sie sich engagieren sollen. Die Grünpflege zu reduzieren, weil einzelne Bürger anfangen, die Baumscheiben vor ihren Häusern zu bepflanzen, komme einer Instrumentalisierung gleich, auf die freiwillig Engagierte sehr sensibel reagieren. Stattdessen müsse noch genauer beobachtet werden, wo bereits Initiativen sind, um mit diesen sehr behutsam umzugehen und sie zu fördern.

Peter Todeskino, Bürgermeister und Stadtrat für Stadtentwicklung und Umwelt der Landeshauptstadt Kiel, berichtete über die Schwierigkeiten, wenn zu Beteiligungsprozessen bezüglich strategischer Rahmenplanungen immer nur die „üblichen Verdächtigen“ kommen. Derartige Themen seien zu komplex, um sie einem breiten Beteiligungsprozess zugänglich zu machen. Anders sei dies bei den kleinteiligen, sozialraumorientierten Anliegen, in denen kooperative Verfahren



mit allen Akteuren notwendig und sogar Erfolgsmodell sind. Am Ende müsse aber jedem Bürger klar sein, dass Anregungen aus der Bürgerschaft erwünscht seien, dass die Entscheidungshoheit jedoch bei Politik und Verwaltung liege, gerade auch weil die „üblichen Verdächtigen“ keinen Anspruch auf Repräsentativität der gesamten Bürgerschaft hätten.

Zusammengefasst warfen die Erfahrungen aus der Praxis eine Vielzahl von Fragestellungen auf: Bei welchen Themen ist Beteiligung sinnvoll, woran haben Bürger wenig Interesse oder sind gar überfordert? Zu welchem Zeitpunkt muss Beteiligung stattfinden, punktuell oder als kontinuierlicher Prozess? Wer ist zu beteiligen und wo liegen ungeahnte Potenziale? Wie kann Repräsentativität hergestellt werden und welche Verbindlichkeit müssen Ergebnisse aus solchen Prozessen haben?

Und wie geht es weiter?

In seinem Vortrag „Dialogprozesse für mehr lokale Demokratie: die Roadmap des Städtenetzwerkes“ strukturierte **Prof. Dr. Gunnar Folke Schuppert** vom Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) die Arbeitsschritte, die sich im Zusammenhang mit der Gestaltung von Dialogprozessen zukünftig für den vhw ergeben. Er nennt vier an der Zahl: Am Anfang stehe das Ziel der „Stärkung lokaler Demokratie durch strukturierte Kommunikation“. Kommunikation sei dabei als ein konstruktives Element von Urbanität zu verstehen. Die Bedeutung der Kommunikation liege außerdem in seiner starken Korrelation mit der Akzeptanz von Verwaltungsentscheidungen. Kommunikation als „Partizipation durch geteiltes Wissen“ ergänze Partizipation durch Wahlrecht, Vereinigungsfreiheit und dem Stiften und Zuwenden und sei damit auch demokratieförderndes Element. Nicht zuletzt bedürfe es einer „neuen Verständigung“ (Dr. Peter Kurz), um sich auf die grundlegenden Spielregeln des Zusammenlebens und -agierens zu einigen.

Daran knüpfe zweitens die Aufgabe an, den Kommunikationsansatz mit der Milieuforschung zu verbinden. Diese Verbindung liege gewissermaßen auf der Hand, bestehe innerhalb bestimmter Milieus doch ein intensiverer Austausch als zwischen den Milieus. Auch spielen die in den Milieus vorherrschenden Meinungen darüber, was richtig und erstrebenswert ist, bei der Formulierung eigener Wünsche neben rationalen und ökonomischen Erwägungen eine nicht unwesentliche Rolle. Es werde also darum gehen müssen, unterschiedliche Milieus kommunikativ zu erreichen, damit die Partizipationsgesellschaft – mit Bezug auf den Vortrag von Prof. Franz Walter – eben nicht die unteren 20% der Bevölkerung abhängt. Über die Entwicklung entsprechender, auf die Milieus zielender Kommunikationsangebote sowie die Organisation transkultureller Kommunikation müsse nachgedacht werden.

Für die dritte, daraus folgende Aufgabe der Organisation von Kommunikationsprozessen schlug Prof. Gunnar Folke Schuppert

den Einsatz eines (professionell ausgebildeten) Kommunikationsmittlers vor (die Bertelsmann-Stiftung spricht in einer durch Christopher Gohl verfassten Studie vom Verfahrensgehalter als Organisator des Dialogs). Dieser begleite den Prozess und gewährleiste die Einhaltung der oben genannten Spielregeln.

Den vierten Schritt der Roadmap titulierte er mit „governance by leadership“. Die beschriebenen Kommunikationsprozesse hätten nicht zum Ziel, Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten demokratisch legitimierter Mandatsträger aus den Angeln zu heben. Vielmehr bedarf es Führungskräften mit Dialogkompetenzen, insbesondere mit den Fähigkeiten, Kooperationen und Zusammenarbeit zu stärken sowie die Bürgerschaft zu aktivieren für eine am Leitbild der Bürgerschaft orientierte lokale Demokratie, die über formale Teilnahmeverfahren hinaus geht.

Erwartungen an das Städtenetzwerk

In der Abschlussdiskussion diskutierten **Günter Berndmeyer**, Leiter des Büros Stadtentwicklung der Stadt Essen, **Ulrich Ernst**, Dezernent für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Sport in Mülheim an der Ruhr, **Dr. Martin Lenz**, Bürgermeister der Stadt Karlsruhe und Bildungsdezernent, sowie **Stephan Schmickler**, Erster Beigeordneter/Stadtbaurat der Stadt Bergisch Gladbach, unter der Überschrift „Und zum Schluss: Was das Städtenetzwerk leisten muss!“ ihre Erwartungen an das Städtenetzwerk³. Dabei betonten alle vier, dass sie sich von den Milieuanalysen neue Erkenntnisse erhoffen im Umgang mit den kommunalen Herausforderungen, aber auch in der Frage nach der Beteiligung jener, die so schwer zu erreichen sind. Zweites großes Thema der Abschlussdiskussion war die Bedeutung integrierter Stadtentwicklung. Auch hier herrschte Einigkeit darüber, dass in den Verwaltungen aufgrund komplexer Problemlagen auch bei Widerständen ressortübergreifend gehandelt werden müsse.

Zuletzt stand der Wunsch nach einem gut organisierten Informationsfluss innerhalb des Städtenetzwerkes, aber auch nach außen, durch Kongresse wie diesen. Das griff Peter Rohland in seinem Schlusswort unmittelbar auf und lud herzlich zum nächsten Kongress ein, der am 6. und 7. Oktober 2011 in Berlin mit dem Schwerpunktthema „Dialog“ stattfinden wird.

³ Die Abschlussdiskussion steht ausführlicher auf den Seiten 87 bis 89.

Carolin Klingsporn

Wissenschaftliche Referentin vhw e.V., Berlin